

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

ersch. 2mal täglich, am Montag früh. — Bezugspreis: 30 Pf. monatlich, 3.00 M. vierteljährlich, 12.00 M. halbjährlich, 24.00 M. jährlich. Zus. 2 Pf. für den Postweg. Einzelhefte 10 Pf. (Post 2 Pf.).

Amliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Mittelstr. 11. Fernruf Nr. 2515, 2516, 2517. — Anzeigenpreise: In Wiesbaden und Umgebung: 1.50 M. pro Zeile, 1.25 M. pro Zeile, 1.00 M. pro Zeile, 0.75 M. pro Zeile, 0.50 M. pro Zeile, 0.25 M. pro Zeile. Sonstige Bezugsstellen: 1.50 M. pro Zeile, 1.25 M. pro Zeile, 1.00 M. pro Zeile, 0.75 M. pro Zeile, 0.50 M. pro Zeile, 0.25 M. pro Zeile.

Nummer 316

Freitag, 11. Juli 1919.

75. Jahrgang

Letzte Nachrichten

Druckausgaben der „Wiesbadener Zeitung“.

Sachsen vor einer Katastrophe bewahrt.

Am 11. Juli, 11. Juli. In den letzten Tagen ist es gelungen, die Bundesrepublik Sachsen vor einer schweren wirtschaftlichen Katastrophe zu bewahren. Der Streik im Landmaschinen- und im Automobilbau war im letzten Moment in die Länge gezogen worden. Die Arbeiter haben sich bereit erklärt, trotz ihrer hohen Löhne, die Arbeit wieder aufzunehmen. In Sachsen wurde heute früh die Arbeit wieder aufgenommen. In Sachsen wurde heute früh die Arbeit wieder aufgenommen. In Sachsen wurde heute früh die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Pariser Presse zur Ratifizierung.

Am 11. Juli, 11. Juli. Zur Ratifizierung des Friedensvertrages (S. 1) hat die Pariser Presse heute folgende Bemerkungen gemacht: Die Ratifizierung des Friedensvertrages ist ein wichtiger Schritt. Die Pariser Presse hat heute folgende Bemerkungen gemacht: Die Ratifizierung des Friedensvertrages ist ein wichtiger Schritt. Die Pariser Presse hat heute folgende Bemerkungen gemacht: Die Ratifizierung des Friedensvertrages ist ein wichtiger Schritt.

Prinz Heinrich der Niederlande in der Schweiz.

Am 11. Juli, 11. Juli. Der Prinz Heinrich der Niederlande hat heute in der Schweiz eine Reise unternommen. Der Prinz Heinrich der Niederlande hat heute in der Schweiz eine Reise unternommen. Der Prinz Heinrich der Niederlande hat heute in der Schweiz eine Reise unternommen.

Die deutsche Wiedergutmachungskommission.

Am 11. Juli, 11. Juli. Morgen früh wird in Berlin eine deutsche Wiedergutmachungskommission einberufen. Morgen früh wird in Berlin eine deutsche Wiedergutmachungskommission einberufen. Morgen früh wird in Berlin eine deutsche Wiedergutmachungskommission einberufen.

Wilson im Senat.

Am 11. Juli, 11. Juli. Der amerikanische Senat hat heute eine Sitzung abgehalten. Der amerikanische Senat hat heute eine Sitzung abgehalten. Der amerikanische Senat hat heute eine Sitzung abgehalten.

Anfang und Ende.

Am 11. Juli, 11. Juli. Auf ein eigenartiges Zusammenfallen zweier bedeutungsvoller Tage macht uns ein Leser aufmerksam: Am 28. Juni 1914 wurden Erzherzog Ferdinand und Gemahlin ermordet. Am 28. Juni 1919 wurde der Friede Deutschlands mit der Entente unterzeichnet.

Die Blutherrschaft in Ungarn.

Am 11. Juli, 11. Juli. Von den Standgerichten wurden von den 40 wegen des gegenrevolutionären Putsch am 22. Juli angeklagten Personen 11 zum Tode durch Erschießen und eine zu drei Jahren schweren Kerker verurteilt. In Zwangsarbeit wurden verurteilt: 6 lebenslanglich, acht zu 15, zehn zu 10, sechs zu 5, drei zu 3, neun zu 2 und eine zu 1 1/2 Jahren.

Ungarische Angriffsvorbereitungen auf Wien.

Am 11. Juli, 11. Juli. Wie die Abendblätter melden, werden auf den von Ungarn nach Nieder-Österreich führenden Straßen seit einigen Tagen Teile der Roten Armee zusammengezogen, die aus der Slowakei kommen und durchsichtige Anzeichen des Regimes Bela Kun zeigen. Besonders in Alt- und Neudorf, nördlich des Neudorfer-See, haben vier- bis fünftausend Mann Roter Truppen zum Einsatz in Nieder-Österreich bereit. Es ist offensichtlich, daß diese Truppen gegebenenfalls zum Marsch gegen Wiener Neustadt und Steinfels dienen sollten.

Was der Verkehrsstreik die Berliner kostet.

Der Berliner Verkehrsstreik, der durch den halbtägigen Überstand der politischen Traktanten nun schon in die zweite Woche hineingeht, hat Summen verschlungen, die geradezu riesenhaft zu nennen sind. Von wohlunterrichteter Seite werden der „Mitt. Anz.“ folgende Einzelheiten angegeben: Die Streikenden verlieren pro Tag und Mann, wenn man den Durchschnittslohn von 17 000 Mark annimmt, mit 16 Mark annimmt, zusammen täglich 272 000 Mark. Die Verkehrsanstalten haben natürlich einen vielfach höheren Schaden. Die Einnahmen der Großen Berliner Straßenbahn kann man mit 425 000 Mark täglich veranschlagen, die der anderen Verkehrsanstalten mit etwa zusammen 500 000 Mark täglich. Am „Sonntag“ werden anerkanntermaßen die Nachteile betroffen. Am Durchschnitt werden in Groß-Berlin täglich fast vier Millionen Menschen befördert. Rechnet man, daß nur 5 Prozent davon die wilden Fahrwerke benutzen, so können die Kraftfahrwerke somit doch nur 200 000 Menschen transportieren, eine Zahl, die nach zuverlässiger Schätzung eher zu niedrig als zu hoch gegriffen ist. Jede Fahrt mit einem Kraftfahrzeug kostet durchschnittlich 1.50 Mark, so daß die Berliner für die Verkehrshemmung der Verkehrsanstalten mindestens 500 000 Mark täglich in opfern haben. Die Preise der Drohkäse und Autos sind infolge des Streiks ins Unermessliche gestiegen. Eine Taxisfahrt kostet heute, wenn sich der erste Koffer überhaupt zu einer Fahrt herabläßt, geringere, das Anstehen der Friedenspreise. Die Fabriken und Geschäfte, die ihre Anstalten von und nach den Arbeitsstätten durch Fahrwerke und Autos befördern lassen, verlieren dadurch täglich Millionen, die sich kaum auch nur annähernd schätzen lassen. Jedenfalls beträgt der von den Angehörigen erhobene Fahrpreis von 30 Pfennig etwa den dritten Teil der Selbstkosten der Firmen. Die Post ist gezwungen gewesen, infolge des Fehlens der Straßenbahnen etwa zweihundert Fahrwerke zur Beförderung in den Dienst zu stellen. Der Mindestpreis von 50 Mark für den Wagen bedeutet eine Ausgabe von 100 000 Mark für den Tag. Die Werte, die verloren gehen, weil die Post nicht mehr rechtzeitig die Lebensmittelpakete den Empfängern zustellen kann, sind gar nicht zu berechnen. Die Schäden, die die Warenhändler, die Großgeschäfte, die Theater usw. täglich durch den Fortfall der Verkehrsmittel haben, belaufen sich auf viele Hunderttausende. Man dürfte kaum zu hoch greifen, wenn man die Kosten des Streiks schon bisher auf rund 20 Millionen Mark schätzt.

Prinz Heinrich an den König von England

Am 11. Juli, 11. Juli. Prinz Heinrich von Preußen hat an den König von England folgendes Telegramm geschickt: „Im Namen der Gerechtigkeit bitte ich Eure Majestät, von der Auslieferung seiner Majestät des Kaisers Wilhelm Abstand nehmen zu wollen. Ich, der ich nach Niederlande mit Eurer Majestät in London am 26. Juni 1914 nach Deutschland zurückkehrte und bis zum Ausbruch der Mobilisierung bei unserem Kaiser verweilte, bin bereit, ein Zeugnis zu sein und seine Majestät zu bezeugen, mit allen nur erdenklichen Mitteln einen Krieg als Unheil für die Menschheit abzuwenden. Die aller Wahrheit zum Trotz jahrelang ausgebreiteten Verleumdungen über den deutschen Kaiser zu widerlegen, bin ich bereit, und ich stelle mich Eurer Majestät zur freien Verfügung, um Eurer Majestät bezeugen zu sein, die Wahrheit über die Kriegsverhältnisse und deren Folgen an das Licht zu bringen.“

Aufhebung der Blockade am Sonntag.

Von ununterrichteter Seite wird aus Berlin gemeldet, daß nach der Ratifizierung des Friedens durch die Nationalversammlung die Aufhebung der Blockade und der bisherigen Handelsbeschränkungen spätestens am Sonntag erfolgen werde. Die unmittelbare Wirkung dieser Aufhebung wird ein freier Zugang von Waren und Lebensmitteln aller Art nach Deutschland sein, die in den letzten Monaten von privaten Firmen in den neutralen Ländern eingekauft worden sind.

Wieder der deutsch-japanische Vertrag.

Am 11. Juli, 11. Juli. Nach einer Mitteilung aus Washington hat Senator Lodge im Senat eine Resolution eingebracht, in der der Präsident aufgefordert wird, dem Senat einen abgeklärten Vertrag zwischen Deutschland und Japan im letzten Oktober abgeklärten Vertrag vorzulegen, in welchem die Vertragsparteien sich verpflichten, Rußland bei der Wiedergewinnung seiner internationalen Stellung zu helfen. Die Resolution läßt sich auf einen Bericht der Pressekommission über ein derartiges Abkommen.

Ein neuer Vorstoß auf Petersburg.

Am 11. Juli, 11. Juli. Laut Brest-Litovsk Radio billigt der Rat der Finnen den Plan eines gemeinsamen Angriffs der finnischen Truppen und der Truppen Koltschaks auf Petersburg. Eine gleichzeitige Rolle ging den Militär-Attaches Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und der Vereinigten Staaten zu, in der sie angewiesen werden, die finnische Regierung zu unterstützen, wenn sie beschließen sollte, dem Ersuchen Koltschaks um Hilfeleistung stattzugeben.

Abtransport der Deutschen aus Riga.

Am 11. Juli, 11. Juli. Der Abtransport der Deutschen aus Riga: Auf den energischen deutschen Einspruch gestützt die Entente nunmehr die Schiffsbewegungen, die zum Abtransport der Deutschen aus Riga und zur Räumung des Baltikums von deutschen Truppen nötig sind.

Für die Beamten.

Von den Reichsministern Bauer, Erzberger und Döberl wurden in Weimar den Vertretern des Deutschen Beamtenbundes Beschlüsse für die Regelung der wirtschaftlichen Lage der Beamtenherrschaft gemacht. Der Ministerpräsident Bauer sagte die Angelegenheiten der Reichsregierung folgendermaßen zusammen: 1. In den unversöhnlich anhaltenden Vorarbeiten für die Neuordnung der Beamtenverhältnisse und der Beamtenherrschaft sollen Vertreter der Beamtenverbände zugezogen werden. 2. Eine einmalige Entschädigungssumme soll im Laufe des Septembers 1919 gezahlt werden. Ueber die Höhe sollen erst noch Verhandlungen zwischen Regierungs- und Beamtenverbänden gepflogen werden. 3. Ueber die Verringerung der Steuerungsbezüge soll sofort in eingehende Prüfung eingetreten werden, ebenso in eine Prüfung dahin, ob die Revision des gesamten geltenden Zulagenwesens möglich ist. Am 5. Juli fand eine Besprechung über die Steuerungsbezüge und die Eingliederung des Zulagenwesens in den Staatsbetrieb statt. Die Vertreter aller Parteien sprachen sich für die Gewährung des Mitbestimmungsrechts in einer Form aus, die dem besonderen Charakter des Staatsbetriebes gerecht wird.

Sicherstellung der Beamten im Saargebiet.

Am 11. Juli, 11. Juli. Unter den Beamten des Saargebietes herrscht noch immer eine gewisse Unruhe wegen ihrer Zukunft. Vom Saargebietsausschuß, der sich nunmehr nach der Regelung der Saarfrage durch den Friedensschluß auflöst, wurde schon vor längerer Zeit eine Eingabe an die Staatsregierung gerichtet, die sich mit der Sicherstellung der Gehälter und Pensionen der im aufgelösten Saargebiet verbleibenden Staatsbeamten befaßt. Die Interessen der Beamten wurden dabei in weitestgehendem Maße wahrgenommen. Die Staatsregierung hat dem auch, wie aus ihren Erlassen hervorgeht, das weitestgehende Entgegenkommen gezeigt. Die diesbezüglichen Bestimmungen sind bereits bekannt gegeben. Den Wünschen der Beamten ist dabei in einer Weise Rechnung getragen worden, daß sie durchaus beruhigt der Zukunft entgegensehen können. Der Ausschuß hat sich, nachdem die Frage des Saargebietes durch den Friedensvertrag vorläufig geregelt ist, aufgelöst. Die Abwickelungsstelle für die ablaufenden Geschäfte bleibt noch für einige Zeit in der Königsgräber Straße 94 bestehen, wohin alle Forderungen möglichst bald einzureichen sind.

Die Zukunft der besetzten Gebiete.

Am 11. Juli, 11. Juli. Unterstaatssekretär Lewald begab sich gestern mit einer Kommission nach Paris, um dort über das Abkommen betr. die Besetzung der Rheinlande zu verhandeln. Gleichzeitig reiste die Kommission für den Wiederaufbau des besetzten französischen Gebietes ab. An ihrer Spitze steht Unterstaatssekretär Schröder vom Finanzministerium. Beide Kommissionen arbeiten getrennt voneinander.

Die „Times“ schreibt in einem Leitartikel über die Verwaltung des linksrheinischen Gebietes, diese werde von einem Ausschuß der Verbandsmächte übernommen werden, der seinen Sitz in Koblenz hat und die Verwaltung durch Vermittlung der deutschen Behörden ausüben wird. Eine Anzahl Zivilpersonen, die die wirtschaftlichen, finanziellen und kommerziellen Fragen des Gebietes während der Zeit unter britischer Verwaltung kennengelernt hätten, würden mit der militärischen Verwaltung zusammenwirken, so daß der Übergang der Verwaltung ohne Hindernis erfolgen könne.

